



STADTGEMEINDE STOCKERAU

A-2000 Stockerau
Rathausplatz 1

Telefon: 0 22 66 / 695
Telefax: 0 22 66 / 695-1250

Internet: www.stockerau.gv.at
E-Mail: stadtgemeinde@stockerau.gv.at

An den
NÖ Landtag
Landtagsdirektion

Landhausplatz 1, Haus 1a
3109 St. Pölten

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 31. MRZ. 2011

Ltg. - 866/E-1/21
u. Aussch.

Stockerau, 29.03.2011
0100/Ed.

Betreff: Resolution –
NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommülllagers in Grenznähe

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrte Landtagsdirektion!

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau hat in seiner Sitzung am 16.03.2011 einstimmig die in der Beilage angeschlossene Resolution beschlossen.

Anbei dürfen wir diese Resolution übermitteln und um entsprechende Berücksichtigung ersuchen.



Für den Gemeinderat:


Helmut Laab
Bürgermeister

Beilage
Resolution

Resolution

NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommülllagers in Grenznähe

- Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich entschieden gegen die Errichtung der geplanten Atommüllendlager in Grenznähe aus.
- Der NÖ Landtag und die NÖ Landesregierung werden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um das geplante Atommülllager in Grenznähe zu verhindern.

Wie zahlreichen Medienberichten zu entnehmen ist, plant die tschechische Republik die Errichtung eines Atommülllagers zur Endlagerung von Abfallprodukten aus den Kraftwerken Temelin und Dukovany. Dem Bericht ist weiters zu entnehmen, dass aufgrund der geologischen Gegebenheiten die drei Ortschaften Rohozna-Ruzena, Lodherov und Budisov in die engere Auswahl als Standorte gelangt sind. Alle drei Orte sind lediglich 30 km bis 50 km von der Bundesgrenze zu Österreich entfernt und würden somit ein enormes Gefahrenpotenzial für die österreichische Bevölkerung darstellen. Besonders gefährdet wären die Regionen Wald- und Mühlviertel.

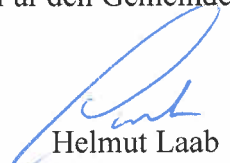
Um die Landes- und Bundesregierung in dieser Sache zu unterstützen, ist ein starkes NEIN seitens der Bevölkerung notwendig.

Gerade im Bereich Atomwirtschaft hat die tschechische Republik bisher mehrmals bewiesen, keine Handschlagqualität zu haben. Als Beispiel dafür sei der offene Bruch des Melker Abkommens zu erwähnen. Auch hier wurde die österreichische Bevölkerung getäuscht und einer nicht kalkulierbaren Gefahr ausgesetzt.

Im Interesse nachfolgender Generationen ist es daher unabdingbar, sich mit aller zur Verfügung stehenden Kraft gegen diese Pläne zur Wehr zu setzen.



Für den Gemeinderat:


Helmut Laab
Bürgermeister

Diese Resolution beruht auf den Gemeinderatsbeschluss vom 16.03.2011.

ergeht an:

NÖ Landtag

NÖ Landesregierung